

Erhard Crome

Der europäische Kommunismus und die Unidad Popular.

Das Jahr 1973 und Perspektiven aus dem Jahre 2003

*Verschmählt nicht den Tag, den die Toten euch
anvertraun, die kämpften. Jede Ähre
entsprießt einem der Erd überlassenen Korn,
und dem Weizen gleich seine Wurzeln verflucht
das unzählbare Volk, häuft es die Ähren,
und in der entfesselten Sturmesgewalt
schwingt es sich auf zu des Weltalls Helle.*

Pablo Neruda, Der Große Gesang

(Kap. IV: Die Befreier, Abschnitt XLI: Kommen wird der Tag)

In diesem Sinne ist es mir, aus Deutschland kommend, ein Bedürfnis, hier und heute beteiligt zu sein an Eurem Gedenken und Eurem Gespräch über die Hoffnungen, die sich mit der Unidad Popular verbanden, und über die Trauer und den Zorn angesichts des imperialistischen Staatsstreiches vom 11. September 1973.

Im Jahre 1973 gab es noch zwei deutsche Staaten. Einer davon war die Deutsche Demokratische Republik. In Berlin fanden damals, im Sommer 1973, die Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Das war ein großes Ereignis, kamen doch junge Menschen aus allen Teilen der Welt zusammen, um über Frieden, Befreiung von Unterdrückung und Fortschritt in der Welt zu reden und gleichzeitig gemeinsam zu feiern. Besondere Aufmerksamkeit gab es für die Freunde aus Vietnam, die direkt von den Schlachtfeldern des Krieges, den die USA ihnen aufgezwungen hatten, nach Berlin gekommen waren, für Angela Davis aus den USA, die die internationale Solidarität aus dem Gespinnst eines Justizmordes befreit hatte, und für die Abgesandten Chiles, die Kinder der Unidad Popular. „Venceremos“, gesungen von der Gruppe Inti Illimani, war gleichsam die Hymne des Jugendtreffens in Berlin. Die Unidad Popular war Hoffnung nicht nur für das chilenische Volk. Um so stärker traf uns, junge Menschen in der DDR, die es ernst gemeint hatten mit der Idee des Sozialismus, die Nachricht von dem Staatsstreich des 11. September 1973, vom Sturz des rechtmäßig gewählten Präsidenten Salvador Allende und seinem Tod.

Die bürgerliche Presse in Deutschland heute, dreißig Jahre danach, hat alles getan, um jene Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1973 klein zu reden. Es sei nur eine Propaganda-Aktion der kommunistischen Parteiführung gewesen. Eine Eintagsfliege, die nicht Bestand haben konnte. Die Anwesenheit tausender junger Menschen aus aller Welt war aber real. Ihr offenes Gespräch miteinander war es auch. Und wir, die wir in der DDR sozusagen die Gastgeber waren, hatten die Hoffnung auf eine Öffnung des Systems im eigenen Lande,

das sich „Sozialismus“ nannte. Nein, die Mauer in Berlin war kein Ruhmeszeichen des kommunistischen Systems in der Welt, und das wußten wir. Aber wir hofften, von jener „sozialistischen“ Welt, in der wir lebten, zu einer anderen zu kommen, in der sich soziale Gerechtigkeit und Freiheit verbinden. Dabei war uns Chile eine Hoffnung. Der Umweg über eine Rückkehr zum Kapitalismus war nicht das, was uns vorschwebte.

Nach diesen persönlichen Vorbemerkungen will ich nun zu drei Punkten etwas sagen: erstens zu den Eigenheiten des kommunistischen Herrschaftssystems, wie es im Osten Europas von 1917 bis 1989/91 bestanden hatte, und zu den inneren Ursachen seines Scheiterns; zweitens zur imperialen Weltordnung von heute und drittens zu den weiteren Perspektiven des Sozialismus.

Eigenheiten des kommunistischen Systems in Osteuropa

Das Gerede des amerikanischen Politologen Fukuyama von einem „Ende der Geschichte“¹ war keine zufällige Episode in der Geschichte des Nachdenkens über die real- und geistesgeschichtlichen Erträge des 20. Jahrhunderts. Es war Ausdruck des Selbstverständnisses der bürgerlichen Kräfte in der Welt und in den USA im besonderen, nunmehr ‚Sieger der Geschichte‘ zu sein und eine Alternative nicht mehr fürchten zu müssen. „Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Menschen mitnichten in eine sichere demokratische Zukunft entlassen“, schreibt dagegen der ebenfalls aus den USA kommende Politologe Benjamin Barber, der zu den gemäßigten Kritikern der neoliberalen Globalisierungsstrebungen gehört.² Das gilt für die Weltverhältnisse von heute überhaupt, aber auch für die Analyse der ehemals kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa.

Unabhängig davon, in welchem Sinne Barber und andere den Begriff „kommunistisch“ benutzen, wird er von mir im folgenden ausschließlich bezogen auf die Gesellschaftskonzeption und daraus hergeleitet das Herrschaftssystem, also typologisch verwandt. Ich folge hier einer theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte sinnvoll ist: danach sind *Kommunisten* jene, die die soziale Frage, die mehr oder weniger drückende Kluft zwischen arm und reich, durch die Enteignung allen wichtigen Produktiveigentums in der Gesellschaft und dessen Vergemeinschaftung lösen wollen; *Sozialisten* dagegen sind jene, die die soziale Frage lösen wollen, indem sie das Kapital der Kontrolle der Gemeinschaft unterstellen. Sie wollen über Gesetz und Staat dafür sorgen, daß das Kapital der Arbeit untersteht, und nicht umgekehrt.³

¹ Vgl. Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler Verlag 1992.

² Benjamin R. Barber: Coca-Cola und Heiliger Krieg. Der grundlegende Konflikt unserer Zeit, Bern u.a.: Scherz Verlag 2001, S. 7.

³ Vgl.: Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1998, S. 5ff.

Theoretische Begründungen, weshalb Staatssozialismus nicht zu verwirklichen sei, sind so alt, wie die kommunistischen Konzeptionen selbst. Im Kontext der russischen Oktoberrevolution verwies beispielsweise Max Weber darauf, daß moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“, im Staatssozialismus dagegen wären „beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren“⁴ – und deshalb könne Kommunismus nicht funktionieren. Derartige Einwendungen haben dem Einfluß des kommunistischen Ansatzes keinen wirklichen Abbruch tun können, solange der Glaube an seine Realisierbarkeit in relevanten Teilen der Arbeiterschaft sowie der Intellektuellen verbreitet blieb und in den kommunistischen Parteien seinen politischen Ausdruck fand. In Selbstdarstellungen der kommunistischen Staatsparteien der Sowjetunion (KPdSU) oder der DDR (SED) wurden immer gern Stimmen aus dem Jahre 1917 oder 1949 zitiert, wonach ‘der kommunistische Spuk’ in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein werde - als vorgegeblicher Beleg für die „Sieghaftigkeit des Sozialismus“. Offenbar gehörte der Kommunismus zu jenen historischen Erscheinungen, die nur in der Praxis siegen oder scheitern konnten.

Nötig ist zunächst ein Blick zurück auf den Beginn des 20. Jahrhunderts. Für den aus Österreich stammenden Schriftsteller Stefan Zweig etwa, als er im britischen Exil 1940 seine Memoiren schrieb, war völlig klar, daß der entscheidende Einschnitt im Jahre 1914 lag. Da ging die ‚alte Welt‘ Europas unter, Zweig nennt sie die „Welt von gestern“, an die er voller Melancholie zurückdenkt.⁵ In eben diesem Sinne spricht der Historiker Eric Hobsbawm – der einen Teil seiner Jugend in Wien verbrachte, bevor er in den 1930er Jahren ebenfalls nach Großbritannien kam – von dem „Kurzen 20. Jahrhundert“, das er von 1914 bis 1991 datiert.⁶ Auch andere Historiker haben betont, daß der zweite Weltkrieg die Folge des ersten war, und deshalb das eigentlich einschneidende Ereignis des 20. Jahrhunderts. Insofern ist die russische Oktoberrevolution in erster Linie als sozialhistorischer Vorgang zu betrachten. Dennoch haben das Geborenssein aus den Gemetzeln des ersten Weltkrieges und der sektenmäßige Geheimbundcharakter der Partei der Bolschewiki der realen Umsetzung jenes kommunistischen Versuchs unter Führung Lenins ihren Stempel aufgedrückt, der das von ihnen geschaffene Herrschaftssystem bis zu seinem Untergang 1989/1991 geprägt hat. Insofern war dieses kommunistische System eines der bleibenden Resultate des ersten Weltkrieges und einer der wesentlichen Akteure jenes „kurzen“ 20. Jahrhunderts.

Historische Voraussetzungen des kommunistischen Herrschaftssystems waren:

1. Die soziale Frage hatte seit den 1830er Jahren die Gestalt der Arbeiterfrage angenommen: wie nehmen die Vermögenslosen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit erwerben, an der modernen, d.h. industriell fundierten Gesellschaft teil? Das hatte eine soziale Dimension, hier ging es um Löhne und Einkommen, soziale Sicherheiten, Absicherung der Familien, Wohnung, Bildung, Zugang zur Kultur. Und es hatte eine politische Dimension, hier standen das allgemeine Wahlrecht, Freiheitsrechte und Partizipationsrechte auf der Tagesord-

⁴ Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik, hrsg. Michael Sukale, Stuttgart: Reclam Verlag 1997, S. 248.

⁵ Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag 1985.

⁶ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München und Wien: Carl Hanser Verlag 1994, S. 17.

nung, am Ende die Frage nach der Macht im Staate. Die sozialistische Revolution, wie sie Marx, Engels, Lassalle und andere erwartet hatten, sollte beide Probleme lösen, durch Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiter und durch Enteignung der Kapitaleigner. Die „Sozial-Demokratie“ war der politische Ausdruck dieses Bemühens, die soziale Frage im Sinne der Arbeiter und insgesamt der unteren sozialen Schichten zu lösen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, zumal der deutschen, ging seit den 1890er Jahren der Streit darum, ob im Zweifelsfalle das Primat bei der Demokratie liegen sollte, die nach Wahlen und Mehrheiten fragt, wenn es um die Macht geht, oder ob die Revolution im Sinne der raschen Enteignung der Kapitalisten Vorrang haben müsse vor den demokratischen Spielregeln.

2. Der erste Weltkrieg wurde als eklatante Verschärfung aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der es begleitenden politischen Systeme angesehen. Lange vor dem ersten Weltkrieg war Allgemeingut innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung, was in Deutschland August Bebel deutlich gemacht hatte: Die furchtbaren Störungen und Verwüstungen, die ein europäischer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet anrichtet, wird mit einer großen Katastrophe endigen, die die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt. Auf der Höhe ihrer Entwicklung hat diese Gesellschaft Zustände geschaffen, die ihre Existenz unhaltbar machen, sie bereitet ihren Untergang mit den Mitteln vor, die sie selbst geschaffen hat.⁷ In diesem Sinne erschien der erste Weltkrieg als die erwartete, vom Kapitalismus und seinem Imperialismus hervorgerufene Katastrophe, aus der „der Sozialismus“ als die Erlösung hervorgehen mußte. Und da alle großen Staaten Europas, ob nun bürgerlich-parlamentarisch, wie Großbritannien bzw. Frankreich, oder mehr oder weniger autoritär verfaßt, wie Deutschland bzw. Rußland, in diesen großen Krieg verwickelt waren, erschien die Demokratiefrage als von untergeordneter Bedeutung.
3. Die Mehrheit der Sozialdemokraten hatte sich in Deutschland, Frankreich, Rußland und anderen Staaten angesichts des Krieges 1914 auf die Seite ihrer respektiven Regierungen und deren Kriegsführung gestellt. Die Kongresse der II. Internationale in Stuttgart (1907) und Basel (1912) hatten zwar beschlossen, mit allen Mitteln für die Verhinderung des Krieges zu wirken und, wenn er dennoch ausbrechen sollte, die entstandene Lage zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu nutzen. Doch hatte sich dies 1914 als Illusion erwiesen, bzw. die Mehrheitssozialisten hatten Verrat geübt, was die Linken ihnen folgerichtig politisch zum Vorwurf machten. Von jenem Verrat 1914 her datiert denn auch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in der kommunistischen Strömung ab 1918/19 dann – neben der fortexistierenden Sozialdemokratie bestehend – ihren organisierten politischen Ausdruck findet.
4. Die Verheißungen von der neuen Gesellschaft waren seit Marx von der Vorstellung geprägt, daß Markt und Profit an sich negativ seien und abgeschafft gehören und daß „sozialistische Planwirtschaft“ als realisierte Wissenschaft möglich sei. So hatte August Bebel – den ich hier wieder als international anerkannten Parteiführer der alten Sozialdemokratie zitiere – betont, daß Sozialismus „die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft“ sei.⁸ Kommunistische Bewegung und alte Sozialdemokratie unterschieden sich demzufolge nicht grundlegend in ihren Vorstellungen von der ‚Gesetzmäßigkeit‘ gesellschaftlicher Entwicklung, Abschaffung von Markt und Profit usw., sondern

⁷ Vgl. August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1913 (nach der 50. Auflage von 1909), S. 318f.

⁸ August Bebel, a.a.O., S. 508.

in der Betonung der Mittel – Demokratie vs. Revolution – und in der Bewertung ihrer politischen Handlungen im und nach dem ersten Weltkrieg, was sich als Konfliktlinie innerhalb der deutschen und europäischen Linken im Grunde bis in die Gegenwart zieht. Die deutsche Novemberrevolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde, „ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.“⁹ Tausende Revolutionäre wurden von den Freikorps mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteiführung umgebracht, angefangen bei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die die KPD begründet hatten. Den Kommunisten diente dies dann als Vorwand, um nach 1945 in der Sowjetisch Besetzten Zone bzw. in der DDR Sozialdemokraten einzusperren und umzubringen. Analoge Auseinandersetzungen fanden in anderen europäischen Ländern statt.

5. Die russischen Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution 1917 einmal an der Macht, lösten auf Geheiß Lenins im Januar 1918 die gewählte Verfassungsgebende Versammlung Rußlands auf. Damit blieb der errichteten Sowjetmacht, sodann jeder seither errichteten kommunistischen Typs, der Verzicht auf die Gewinnung der numerischen Mehrheit innerhalb der „eigenen“ Bevölkerung eingeschrieben. Rosa Luxemburg sah sehr helllichtig die darin für die sozialistische Bewegung liegende Gefahr und warf den Führern der russischen Revolution, Lenin und Trotzki, die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem „Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern „einer Handvoll Politiker“ führen werde.¹⁰ In diesem gleichen Sinne betonte Leo Trotzki später im Exil, im Jahre 1936, daß der demokratische Zentralismus „bürokratischem Zentralismus“ Platz gemacht hatte und Gehorsam an die Stelle eigenen Denkens getreten war. In der kommunistischen Partei Stalins waren „Revolutionäre durch Beamte“ ersetzt worden.¹¹

Neben diesem historischen Kontext ist der systematische von Bedeutung. Die Begründung des Herrschaftssystems war und blieb immer ideologisch. Deshalb wurde dem Wort und der „richtigen“ Gesinnung stets ein zentraler Platz zugemessen, waren regelmäßige Überprüfungen der Parteimitgliedschaft, insbesondere ihrer Haltung zu den jeweiligen Verkündigungen des respektiven Generalsekretärs und Politbüros, und Parteischulung bis zum Schluß konstitutive Bestandteile der Herrschaft. Hier ist die Metamorphose des Gedankengebäudes entscheidend: aus den gesellschaftskritischen, streitbaren Ideen von Karl Marx machten Friedrich Engels und die Führer der alten Sozialdemokratie den „Marxismus“ der Arbeiterbewegung (siehe oben: Bebels Folgerungen zum erwarteten „Sozialismus“). War dieser innerparteilich und gesellschaftspolitisch noch recht demokratisch angelegt, so formte Lenin daraus den Bolschewismus, der eine Zuspitzung hinsichtlich des Bekenntnisses zur „Diktatur des Proletariats“ und zur Verstaatlichung des Produktiveigentums darstellte und vor allem mit dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, der recht eigentlich die Abschaffung demokratischen Entscheidens innerhalb der Partei und die Etablierung einer innerparteilichen Befehlshierarchie von oben nach unten bedeutete, die Partei zu einer militärisch straff organisierten Kampforganisation machte. Stalin nannte dies dann „Leninismus“ und ließ die dazugehörigen

⁹ Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin: Verlag 1900, 1993, S. 6.

¹⁰ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1974, S. 362.

¹¹ Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? Essen: Arbeiterpresse Verlag 1990, S. 111, 117.

vereinfachten Glaubenssätze, deren Anzahl dann schon nicht mehr sehr groß war, Ende der 1930er Jahre, in der Zeit der großen Schauprozesse, kanonisiert festschreiben.¹² Die Parteideologie der meisten herrschenden kommunistischen Parteien in Europa – außer in Titos Jugoslawien – stellte bis zum Schluß eine in je unterschiedlicher Weise gemilderte Variante jenes Kanons dar. So war geistes- und politikgeschichtlich aus dem theoretischen Gebäude von Marx der „Marxismus“, aus diesem der „Leninismus“ und schließlich die stalinistische Variante der kommunistischen Ideologie hervorgegangen. So hat Stalin mit Lenin, hat dieser mit der alten Sozialdemokratie von Bebel und Engels und haben diese mit Marx zu tun. Jeder Schritt dieser Metamorphosen ist bewußt vollzogen worden.

Es gab natürlich jeweils auch andere Möglichkeiten der Interpretation der Texte. Insofern ist die gesamte Geschichte des Parteimarxismus auch eine Geschichte geistiger und politischer Kämpfe zwischen „Rechtgläubigen“, „Orthodoxen“ und Häretikern, eine Geschichte von Inquisitionsgerichten, Verfolgung und Ermordung Andersdenkender. Es war zugleich eine Geschichte von Abspaltungen. Erinnert sei an den Streit Stalin – Tito oder den Kampf Chruschtschow – Mao, der schließlich bis zu militärischen Auseinandersetzungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze eskalierte. Der Kampf um politische Richtungen nahm stets ideologische Formen an, wurde um Worte, Bilder und heilige Texte geführt, wie umgekehrt ideologische Unterschiede nicht ohne politische Konsequenzen blieben, die auch in der Erschießung bestehen konnten. Konstituierende Elemente des kommunistischen Herrschaftssystems waren daher:

1. Die utopische Verheißung von der schönen neuen Welt, die grundlegend unterschieden sei von der des Kapitalismus und die hier und jetzt begonnen habe, blieb Moment des kommunistischen Herrschaftssystems in den osteuropäischen Ländern bis zu seinem Dahinscheiden. Es war seine unhintergehbare Letztbegründung.
2. Die kommunistische Staatspartei leitete ihr Selbstverständnis daraus ab: (1) ‚gesetzmäßig‘ vollziehe sich der ‚Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus‘; dies sozial zu tragen sei (2) die ‚historische Mission‘ der Arbeiterklasse; es politisch zu realisieren sei (3) Auftrag der kommunistischen Staatspartei, die sich als ‚der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes‘ definierte. Sie war in der Leninischen Tradition (4) nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ hierarchisch von oben nach unten organisiert. Das hatte zur Folge, daß die Parteiführung auf demokratischem, statuarischem Wege nicht absetzbar war. Politische Kämpfe hatten die Gestalt von Komplotten und Palastrevolten, in deren Ergebnis – bis auf Chruschtschow – die unterlegene Seite in der Regel erschossen wurde. Später dann verschwanden die Unterlegenen im politischen Nichts, Chruschtschow etwa in seiner Moskauer Wohnung mit Verbot, öffentlich aufzutreten.
3. Da die Politik der Partei die einzig wahre Realisation historischer Gesetzmäßigkeiten zu verkörpern beanspruchte, stand nie Politik als solche zur Debatte, sondern immer nur die Umsetzung des ‚richtigen‘ Kurses. Insofern wurde jede Form von tatsächlicher Gewaltenteilung abgeschafft. Das höchste Organ der Partei, das Politbüro, war oberste Exekutive, oberste Legislative, oberste Judikative und oberste Glaubens-Kongregation in einem. Das Politikverständnis blieb instrumentell. Die Wissenschaft, zumal im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die nun Herrschaftswissenschaften waren, mit der Philosophie an der Spitze, sollte dem Prinzip der ‚Parteilichkeit der Wissenschaft‘ subordiniert sein.

¹² Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang (1938), Berlin: Dietz Verlag 1949.

4. In diesem Sinne stellte sich die Partei mit ihrer ‚führenden Rolle‘ auch staatsrechtlich verankert über die Verfassungsordnung. So hieß es beispielsweise in der Verfassung der DDR (von 1974), daß die politischen Organisationen im Lande „unter Führung“ der „marxistisch-leninistischen Partei“ wirken.¹³ Das gesamte Herrschaftssystem war mit seinen Staatsorganen um die Partei gruppiert und seinerseits nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ aufgebaut. Auch zum Recht war das Verhältnis instrumentell. Regulative Idee war nicht der Rechtsstaat, die Herrschaft des Rechts, sondern die von Staat und Recht als ‚Machtinstrument der herrschenden Klasse‘, praktisch des Politbüros.
5. Da Kapitalismus, und mit ihm der Profit, beseitigt sein sollte, wurden auch Institutionen der Moderne wie Zins, Kredit usw. abgeschafft, was letztlich dazu führte, daß ‚sozialistische Planwirtschaft‘ vordergründig als Zuteilung von materiellen Ressourcen und Erteilung von Produktionsaufträgen der Zentrale (d.h. des Politbüros als des einzig autorisierten Akteurs) an die Betriebe umzusetzen versucht wurde. Auch dort, wo mit finanziellen Steuerungsinstrumenten experimentiert wurde, wie in Ungarn, verzichtete die politische Führung letztlich nicht auf den Zugriff auf die Ressourcen; die Wirtschaftsreformen fanden stets dort ihre Grenze, wo die Betriebe wirklich die Kompetenzen zur Preisbildung, Lohnfestlegung und Entlassung hätten erhalten sollen. Die Unterordnung der Produktion unter die politische Führung hatte schließlich zur Folge, daß niemand eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung der Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige bzw. Unternehmen anstellen konnte. Technische Innovation wurde erschwert. Die wirtschaftspolitischen Spielräume verengten sich immer mehr, bis die osteuropäischen Staaten Ende der 1980er Jahre schließlich ihre Schulden im Westen nicht mehr bedienen konnten.
6. Da das beschriebene Gefüge – Anspruch, eine ‚historische Mission‘ zu realisieren, eine ‚führende Rolle‘ zu spielen, immer recht zu haben, als der eigentliche Besitzer über die gesamte Volkswirtschaft zu verfügen, in der zugleich wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung verunmöglicht war – in jedem kommunistischen Land bestand, bewirkte dies, daß sich im kommunistischen Staatengefüge unterschiedliche, in sich geschlossene Staatsgebilde bzw. Nationalwirtschaften gegenüberstanden. Tatsächliche Preisbildung, wirkliche Integration fand nicht statt, weder politisch, noch wirtschaftlich. Bis zum Schluß wurde im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bilateral bilanziert, konnten Guthaben Ungarns gegenüber der DDR nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion verrechnet werden. Wenn weltwirtschaftliche Arbeitsteilung Entwicklungsstimuli freisetzen kann, was schon Marx wußte, so hatte das kommunistische System darauf verzichtet. Das Herrschaftssystem in seiner real existierenden Gestalt stand dem entgegen.

Die Erosion dieses Systems vollzog sich schrittweise, in einem Wechselspiel zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, der Spitzenbürokratie, die sich als „Neue Klasse“¹⁴ hinter dem Rücken des Volkes konstituiert hatte, und dem herrschaftsunterworfenen Volk, bis es 1989/91 an den eigenen inneren Problemen zugrunde gegangen war.

¹³ Verfassung der DDR, Berlin: Staatsverlag der DDR 1974, S. 9. Ähnliche Formulierungen enthielten die Verfassungen auch der anderen kommunistischen Staaten.

¹⁴ Ich folge hier der Begrifflichkeit und dem analytischen Verständnis von Milovan Djilas, in: Ders.: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München: Kindler Verlag 1957.

Im Jahre 1973 konnte von einem Ende jenes Systems keine Rede sein. Und dennoch hatten die kommunistische Staatsführung der DDR und wir jungen Sozialisten während der Weltfestspiele unterschiedliche Perspektiven auf das Chile der Unidad Popular. Aus der Sicht der offiziellen Politik war Chile Ausdruck der Ausweitung der Zahl der Länder der Welt, die sich von der ‚imperialistischen Vorherrschaft‘ befreien. Das wurde einbezogen in das Bestreben um die eigene, innenpolitische Herrschaftslegitimation. Aus unserer Sicht jedoch wurde eine andere Weise der Entstehung einer neuen Gesellschaft sichtbar, eine demokratische, mit einer Vielfalt unterschiedlicher politischer Kräfte auf der Linken, die miteinander kooperierten, einem Präsidenten Allende, der gleichsam im Dialog mit dem Volk stand. Es lag ja nur fünf Jahre zurück, daß in Prag der Versuch gemacht wurde, der Tradition kommunistischer Machtausübung einen offenen, demokratischen Sozialismus entgegen zu stellen. Jener Versuch wurde mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei beantwortet, um gerade dies nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Begründet wurde dies nicht zuletzt mit der Logik des Kalten Krieges: man könne keinen Brückenkopf des „Feindes“ im eigenen Herrschaftsbereich dulden.

Im Grunde sah das Henry Kissinger, der 1973 Außenminister der USA wurde, in Bezug auf Chile analog und betrieb den Sturz der Regierung der Unidad Popular. Der Westen ging längst davon aus, daß der erstarrte, stalinistische „Sozialismus“ für ihn kein wirklicher Systemgegner mehr war, wenngleich die Sowjetunion noch über ihre Atomwaffen verfügte. Einen demokratischen Sozialismus, der im Volke verankert war, hatte er sehr wohl zu fürchten.

Imperiale Weltordnung?

Nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch des kommunistischen Gesellschafts- und Staatensystems im Osten Europas und dem Zerfall der Sowjetunion wurde vielfach davon geredet, daß nun eine Ära allgemeinen Friedens anbreche. Das Gegenteil ist der Fall. Die internationale Lage ist von dem Bestreben der USA gekennzeichnet, ein von ihnen bestimmtes imperiales Gefüge zu errichten. Imperiale Strukturen sind nichts Neues in der Geschichte. Ihre Errichtung wie ihr Zerfall kosten jedoch in der Regel große Opfer. Die mit dem Krieg gegen den Irak verbundenen Ziele sind weitreichend. Es ging mit dem Irak-Krieg nicht allein darum, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen; der Sturz sollte entscheidend und sichtbar durch die USA und ihre überwältigende militärische Macht erfolgen. Das zielte nicht nur darauf, den Irak zu regieren, sondern die Psychologie der islamischen Welt zu transformieren, indem die überlegene Macht ihre Fähigkeit demonstriert, ein aufmüpfiges islamisches Land zu kontrollieren. Auch geht es nicht vordergründig um Öl, sondern um Geopolitik. Der Irak liegt im Zentrum der Region zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf, er grenzt an Jordanien, Syrien, die Türkei, Iran, Kuwait und Saudi-Arabien. Wenn die USA ein hinreichend großes Kontingent an Luftstreitkräften und Bodentruppen im Irak stationieren, sind sie die militärisch stärkste Macht in der Region. Dann müßten alle anderen Staaten der Region, darunter die Regimes von Saudi-Arabien und Iran, ihre Interessen in Bezug auf die veränderte Lage, die US-Präsenz in der Region, neu definieren.

Gestützt auf die im Irak direkt stationierte militärische Macht würden die USA über eine regionale Einflußsphäre verfügen, die kombiniert mit der Verfügung über das Öl, nicht nur regionale, sondern globale Bedeutung hätte. Dann wären die Europäer, so die Überlegung, auch gezwungen, sich rascher auf eine „integrierte Verteidigungspolitik“ einzulassen – die natür-

lich ebenfalls die Kontrolle der USA über Europa wieder vergrößern würde. Indem die USA das Irak-Öl kontrollieren, würden sie die internationalen Ölmärkte erheblich beeinflussen, möglichst kontrollieren, und damit natürlich auch Einfluß auf alle anderen ölproduzierenden bzw. ölexportierenden Länder ausüben. Über die Ölpreise erhöhten sie zugleich ihre Kontrolle über die wachsenden Ökonomien Asiens, auch Chinas, Indiens, Japans und der sog. „Tigerstaaten“.

Ideologisch verbrämt wird dies mit demokratie-theoretischen Argumentationen: bei Deutschland und Japan nach 1945 habe die Einführung „der Demokratie“ (und USA-freundlicher Regierungen) unter Besatzungsregimes ja auch erfolgreich funktioniert. Dann seien die autoritären Regimes, nicht nur in Spanien und Portugal, demokratischen gewichen, schließlich auch der osteuropäische Kommunismus. So handle es sich jetzt um „die vierte“ oder „die fünfte“ (wie auch immer gezählt wird) „Demokratisierungswelle“, jetzt im arabisch-islamischen Raum. In Afghanistan sei es mittels Krieges ja auch gelungen, „die Demokratie“ (die sich unter dieser Perspektive als Vorgang des Wählens zwischen unterschiedlichen politischen Personen versteht) einzuführen. Tatsächlich ist „Demokratie“ hier die Chiffre nicht für Volksherrschaft, sondern für die Installierung von Regimes, die in einem positiven Verhältnis zu den USA stehen, kurz: ihnen untertan sind, zum gegenwärtigen imperialen Gefüge in der Welt gehören.

Gelingt es den USA, ihr Konzept in Bezug auf den Irak mittels Krieges zu realisieren, bleibt dies kein singuläres Ereignis. Wir treten in ein Zeitalter neuer imperialer Kriege ein, und zwar nicht nur im Nahen und Mittleren Osten. Die Liste der sog. „Schurkenstaaten“ nennt die nächsten Ziele, zunächst stehen Iran und Nordkorea und neuerdings auch Syrien auf der Liste, schließlich auch Libyen und Kuba. Am Ende richtet sich das gegen alle Staaten der Welt, die dieser USA-Politik im Wege stehen könnten, das heißt auch gegen Indien, Rußland und China. Etliche Vordenker dieses imperialen Konzepts in den USA rechnen mit zwei Generationen – also fünfzig Jahren des Krieges. Steht das 21. Jahrhundert im Zeichen der Errichtung einer neuen imperialen Ordnung?

In der Geschichte der Menschheit gab es sozialhistorisch bisher zwei wesentliche Einschnitte: die agrikulturelle Revolution vor etlichen Jahrtausenden und die Entstehung der modernen, kapitalistischen Welt am Beginn der Neuzeit. Von Europa ausgehend breitete sich die kapitalistische Wirtschaftsweise seit dem 16. Jahrhundert über die ganze Welt aus. Sich ausweitender Fernhandel, koloniale Eroberungen und Verallgemeinerung des Profitprinzips verdrängten andere Weltwirtschaftsgefüge und schufen das kapitalistische Weltsystem. Darauf wiesen Karl Marx und Friedrich Engels bereits im „Kommunistischen Manifest“ hin. Dieser Kapitalismus brauchte und braucht nicht nur Märkte und Waren, die auf diesen Märkten verkauft werden, sondern auch Arbeitskraft, also Menschen, die geködert oder gezwungen werden, die Waren zu produzieren, die zu einem Preis verkauft werden, der höher liegt, als die Kosten des Verkäufers. Das so konstituierte Profitprinzip brachte von Anfang an auch die soziale Frage des Kapitalismus hervor, nämlich die nach dem menschenwürdigen Leben und den Lebensbedingungen jener, die diese Waren produzieren.

Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Mit dem Ende des kommunistischen Systems galt dies als gescheitert. Das hatte als weltgeschichtlicher Vorgang zwei weitreichende Folgen. Die eine war, daß im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z.T. darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig ge-

macht werden sollen: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen – all dies ist zielstrebig auf die Tagesordnung gesetzt und betrieben worden.

Zum Kapitalismus gehört, daß viele Vorgänge, die vorher anders als über einen Markt gesteuert wurden, den Charakter von Waren erhalten. Und da Kapitalismus „ein Prozeß ist, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, ergibt sich, daß kein sozialer Vorgang von einer möglichen Vereinnahmung wirklich ausgeschlossen ist.“ Die historische Entwicklung des Kapitalismus beinhaltet den Drang, „alle Dinge in Waren zu verwandeln“.¹⁵ Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen wesentlichen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals kommunistischen Staaten stehen ihm offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm gegenüber.

Hier ordnen sich die neoliberalen Planungen ein, nach dem Scheitern des Internationalen Investitionsschutzabkommens (MAI) über die Welthandelsorganisation (WTO) das sogenannte GATS-Abkommen (Handel mit öffentlichen Dienstleistungen) unter Dach und Fach zu bringen. Immer rascher sind auch in Europa die Politiker dabei, Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr und vor allem die Trinkwasserversorgung zu verkaufen. Das GATS-Abkommen soll bis 2005 weltweit bindend Gültigkeit erlangen. Die Unterschrift eines Landes unter dieses Abkommen würde den Ausverkauf öffentlicher Güter dauerhaft festschreiben. Wesentliche Lebensbereiche, Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen wären von Profitmaximierung allein bestimmt. Auch die EU-Kommission ist derzeit dabei, der WTO ihr „Angebot“ zu den Privatisierungen in diesen Bereichen zu machen. All dies geschieht hinter verschlossenen Türen.

Die soziale Frage stellt sich auf globaler Ebene heute neu: Es ist eine internationale Nobilität entstanden, der diese kapitalistische Weltwirtschaft gehört und die keinerlei soziale Verantwortung verspürt. Die Milliardäre der USA sind wohlhabender als die gesamte Kaufkraft des Riesenlandes „Volksrepublik“ China; die reichsten 365 Personen der Welt verfügen zusammen über ein größeres Einkommen als die 1,2 Milliarden der Ärmsten der Welt.

Die andere weitreichende Folge ist, daß die USA die einzig verbliebene Supermacht sind. Die USA geben mehr für Rüstung aus, als ihre wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten zusammen genommen: Bereits 1998 beliefen sich die Rüstungsausgaben der USA auf fast 266 Mrd. US-Dollar, während die Rußlands 54 Mrd. US-Dollar betragen, die Chinas weniger als 37 Mrd. US-Dollar und die der europäischen NATO-Staaten zusammen 171 Mrd. US-Dollar. Für das Haushaltsjahr 2002/2003 sind in den USA 355 Mrd. US-Dollar für Rüstung vorgesehen. Das militärische Potential der USA ist weder quantitativ noch qualitativ einzuholen.

Gestützt darauf wurde Krieg wieder zu einem ‚normalen‘ Mittel der Politik gemacht. Gingen in der Zeit des Kalten Krieges auch die Planungen der USA davon aus, einen großen Krieg zu vermeiden und „kleine“ Kriege nicht eskalieren zu lassen, so wird heute offen von „imperialen“ Kriegen geredet, die einen anderen Charakter haben. Maximale Gewalt soll in kürzester Zeit eingesetzt werden, um die Ordnung zu schaffen, die das imperiale Zentrum will. In ge-

¹⁵ Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986, S. 11.

wissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem erwähnten „Drang“ des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen. Der angekündigte geopolitische Neuordnungskrieg zur Okkupation des Irak ist dies in ungleich erweitertem Maßstab.

Hier liegt nahe, sich der Idee von Karl Kautsky aus der Zeit des ersten Weltkrieges zu erinnern, daß der Kapitalismus zu einem „Ultraimperialismus“ führen wird, indem die damalige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzt. Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses „Ultraimperialismus“, neben Japan, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als „erfolgreich“ eingestuften asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, daß die Hauptprofiteure dieses Vorganges eben im nordatlantischen Raum, in der ‚Welt des weißen Mannes‘ beheimatet waren.

Das korrespondiert mit dem Ansatz von Wallerstein, daß der Kapitalismus – von Europa ausgehend – kein Imperium hervorbrachte, sondern ein Weltsystem, das ein neuartiges Sozialsystem wurde. Es hat Grenzen, Strukturen, Mitgliedsgruppen, Legitimationsgesetze und besteht aus widerstreitenden Kräften, die es durch Spannung zusammenhalten und auseinander zu zerren versuchen. Jede Gruppe strebt fortwährend danach, es zu ihrem Vorteil umzugestalten. Es hat Merkmale eines Organismus, der in Bewegung ist, dessen Strukturen sich verändern, „der sich insgesamt aber als überlebensfähig gezeigt hat.“¹⁶ Zentrum und Peripherie bedingen sich in diesem System gegenseitig, der Reichtum im Zentrum hat die Armut der Peripherie zur Voraussetzung. Und es geht nicht ohne Staat, zumindest den Staat des Zentrums: die kapitalistischen Schichten brauchen ihn, um ihre Interessen zu schützen, die verschiedenen Monopole zu behaupten und ihre Verluste auf die übrige Bevölkerung zu verteilen. So sind die Staatsstrukturen in den Zentren stark, in den Peripheriegebieten eher schwach.

Das Wechselverhältnis von Kooperation und Konkurrenz innerhalb des ultraimperialistischen Gefüges mag in ruhigen, friedlichen Zeiten nicht so deutlich hervortreten; es geht um Zölle zwischen der EU und den USA, um Regularien in der WTO, um genmanipulierte Sojabohnen. In diesem Jahre jedoch, da die USA den geopolitischen Neuordnungskrieg im Nahen und Mittleren Osten auf die Tagesordnung gesetzt haben, um mittels ihrer militärischen Gewalt die relative Schwäche im Bereich der wirtschaftlichen Konkurrenz zu kompensieren und sich mit dem Irak-Öl auch die Kontrolle über die Öl-Preise zu sichern, erhält das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz eine veränderte Dimension. Nicht nur, daß die Regierungen Deutschlands und Frankreichs im Verein mit Rußland und China über den UN-Sicherheitsrat den Krieg schon aus wirtschaftlichen Gründen doch noch zu verhindern trachteten, sie handelten zugleich in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit der Völker Europas, ja der Welt. In Bosnien, Kosovo und Afghanistan ist bereits zu besichtigen, daß solche imperialen Protektorate offenbar auf Dauer gestellt sind – und die Kosten tragen bekanntlich die anderen, jedenfalls nicht die USA. Im Irak allerdings wollen sie wohl den Protektor selbst stellen, schon wegen des Öls. Die Ausdehnung derartiger Protektoratskonstruktionen in der Welt bin-

¹⁶ Ebenda, S. 517.

det jedenfalls immer mehr Kräfte und Mittel des kapitalistischen Weltsystems, die für anderes nicht zur Verfügung stehen, und verstärkt den Widerstand des „Südens“ gegen den „Norden“.

Perspektiven

(1) In einer kleinen Schrift, die er „Utopistik“ genannt hat, hat Immanuel Wallerstein seine aktuelle Sicht auf die Perspektiven des Kapitalismus umrissen. Seine These lautet: die Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Eine strukturelle Krise hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Zentren der Weltwirtschaft erfaßt. Die von der Militärmacht der USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund.

Hatte er zwanzig Jahre zuvor in seiner Schrift „Der historische Kapitalismus“ noch betont, daß jener über eine beträchtliche Stabilität und Erneuerungsfähigkeit verfüge und sein Ende nicht abzusehen sei, so sieht er jetzt die historischen Grenzen. Kapitalismus funktioniert als „ein System, das die endlose Akkumulation von Kapital zuläßt und bekräftigt“.¹⁷ Dafür brauchen alle Kapitalisten etwas Staat und Staaten insgesamt. Unter aktueller Perspektive ist das wohl der Grund, weshalb Weltbank und US-Regierung einen Zerfall von Staatlichkeit in Argentinien offenbar mehr fürchten, als einen linken Präsidenten Lula in Brasilien, wenn er nur die „Schulden“ weiter bezahlt. Die Anti-Staats-Kampagne des Neoliberalismus will diese Symbiose von Staat und Kapitalismus in Frage stellen, untergräbt dabei jedoch die eigenen Grundlagen.

Vier strukturelle Elemente einer Alternative rückt Wallerstein besonders in den Vordergrund: erstens die Errichtung von dezentralisierten gemeinnützigen Betrieben, die einen anderen Produktionsmodus verkörpern, also das, was anderswo nachhaltig und lokale Ökonomie genannt wird; zweitens die Einführung eines garantierten, lebenslangen Mindesteinkommens, um den gleichen Zugang zu Erziehung, Ausbildung, Gesundheitsfürsorge usw. zu sichern. Zur Rettung der Biosphäre fordert er drittens die konsequente Internalisierung sämtlicher Kosten, einschließlich jener, die erforderlich sind, um die Biosphäre zu reproduzieren. All diese Entscheidungen sollten viertens demokratisch getroffen werden, wobei alle, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, involviert werden sollten. So ist Demokratie, partizipative Demokratie der eigentliche Schlüssel zu sozialer Veränderung. Hinzuzufügen ist, daß den Kriegsbetreibern in den Arm zu fallen, ein Schritt ist, der allen anderen voranzugehen hat.

(2) Die Auseinandersetzung um die Alternativen wird ein „Kampf auf Leben und Tod“ sein, denn „es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen.“¹⁸ Die Kriegsstrategie der USA, deren Kern derzeit die Okkupation des Irak ist, ist

¹⁷ Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002, S. 44.

¹⁸ Ebenda, S. 95.

nicht Lösung dieses Problems, sondern eines seiner Hauptprobleme. Es entspricht durchaus der Entstehung der Nobilität und der aussaugenden virtuellen Finanzmechanismen, daß sie eines handfesten militärischen „Schutzes“ bedürfen. Damit setzt sich die imperiale Tendenz durch, sie wächst aus dem Weltsystem des Kapitalismus hervor, das damit jedoch an Flexibilität einbüßt. Wallerstein prognostiziert eine kommende Periode der Unordnung, Auflösung und Desintegration, die etwa 50 Jahre dauern kann. Das gegenwärtige System kann nicht überleben, und in Zeiten des Übergangs und der Krise wird der Faktor des freien Willens zentral. Mit anderen Worten: Es hängt von den Akteuren – den systemtragenden wie den kapitalismuskritischen – ab, welche sozialen und menschlichen Kosten diese Umbruchszeit fordern wird.

(3) Es bleibt die Botschaft der Weltsozialforen von Porto Alegre: „Eine andere Welt ist möglich.“ In diesem Prozeß formiert sich die Linke weltweit neu. Jede Form eines neuen Sozialismus bedarf der demokratischen Begründung. Das erfordert, auch die theoretischen Grundlagen neu zu bestimmen. Gerade die Bewegung der Sozialforen zeigt, daß nicht eine Avantgarde, die sich im Besitz der historischen Wahrheit glaubt, die Gegenmacht zu der des Kapitalismus bzw. seiner imperialen Struktur bildet, sondern das sich selbst bestimmende Volk. Niemand sollte es zu domestizieren versuchen.

Hier haben wir es mit einer Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen in Lateinamerika einerseits und in Europa andererseits zu tun. In Lateinamerika sind die linken, sozialistischen, globalisierungskritischen Bewegungen der inneren Logik der eigenen Kämpfe folgend neu erstarkt und haben in mehreren Ländern auch die Regierungsverantwortung übernommen. In Europa leidet die Linke nach wie vor unter dem Fiasko des kommunistischen Herrschaftssystems, nicht nur in den ehemals kommunistischen Ländern, sondern auch in Westeuropa. Es ist viel Kraft in den kommunistischen Versuch von 1917 bis 1989 gesteckt worden. Der Kapitalismus aber reproduziert die soziale Frage auf jeder Stufenleiter neu. Je aggressiver er jetzt die Enteignung der verschiedensten sozialen Gruppen weltweit voranzutreiben sucht, desto mehr Gegner schafft er sich. Die Geschichte ist nicht zu Ende, sie ist in eine neue Phase eingetreten. Gewiß, es gibt in Europa die Neigung unter manchen Linken, die eigenen Hoffnungen und Wünsche auf Lateinamerika zu projizieren. Doch zugleich wachsen die Kräfte, die „Hausaufgaben“ in der eigenen Region zu machen.

(4) Das 21. Jahrhundert kann, ja wird am Ende ein neues Zeitalter der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit eröffnen. Das wird gewiß so sein, wenn nur genügend viele Menschen dies wollen und diesen Willen in aktives politisches Handeln für eine bessere Welt umzusetzen vermögen. Dafür spricht auch die Erinnerung an die Unidad Popular.

Wenn also von einem 11. September die Rede ist, sollte nicht zuerst von jenem Tag im Jahre 2001 gesprochen werden, als eine Gruppe irrwütiger Terroristen es unternahm, in den USA tausende unschuldiger Menschen in den Tod zu schicken, sondern von jenem anderen 11. September 1973, da die politisch Verantwortlichen in den USA die Demokratie in den Schmutz traten um des Profitprinzips willen.